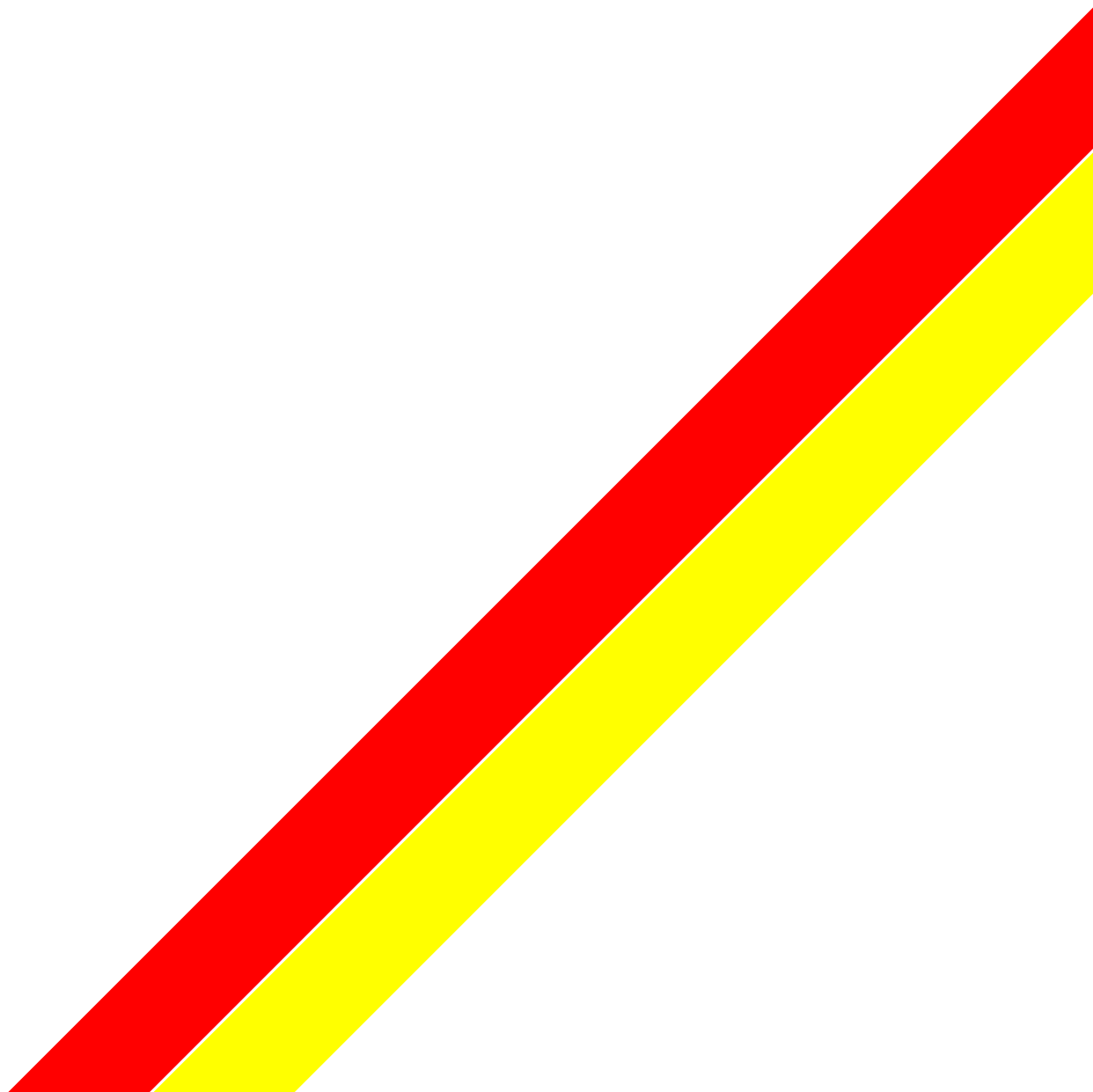


KOALITIONSVERTRAG

zwischen SPD und FDP
in Hamburg-Nord



Vertrag über eine sozialliberale Koalition in Hamburg-Nord

I. Präambel

Die Auswirkungen der Globalisierung, der beständige gesellschaftliche und demografische Wandel sowie die weiterhin angespannte Haushaltslage der Stadt stellen politisch Handelnde auch im Bezirk Hamburg-Nord vor große Herausforderungen.

SPD und FDP werden sich - gestützt auf das Wahlergebnis vom 20. Februar 2011 - dieser Herausforderungen stellen. Schon in der Wahlperiode 2008 bis 2011 hatten SPD und FDP in der Bezirksversammlung und ihren Ausschüssen in Sachfragen erfolgreich zusammen gearbeitet. Vor dem Hintergrund der anstehenden Aufgaben sind die Partner nunmehr zu der Überzeugung gekommen, dass die formelle Zusammenarbeit in einer Koalition zu besseren Ergebnissen für den Bezirk und die Bürgerinnen und Bürger führt.

Die Partner sind dabei geleitet vom Gedanken der Nachhaltigkeit, des sozialen Ausgleichs, einem Höchstmaß an individueller Freiheit in Verantwortung für die Gesamtgesellschaft und der Integration sowie der Weiterentwicklung lokaler Demokratie.

Schwerpunkte dieser Vereinbarung sind die soziale und ökologische Stadtentwicklung, eine umweltverträgliche Verkehrspolitik, die aktive Gestaltung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, die Fortsetzung von Frauen- und Gleichstellungspolitik und der Erhalt einer lebendigen Kultur. Einen Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit stellt der lange vernachlässigte Wohnungsbau dar.

Die praktische Umsetzung dieser Leitlinien der Kommunalpolitik vereinbaren SPD und FDP

in nachstehendem Koalitionsvertrag.

II. Koalitionsvertrag

1. Stadtentwicklung

SPD und FDP – im Folgenden Koalitionspartner genannt – sind sich darüber einig, dass der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für unterschiedliche Ansprüche bezüglich Größe und Ausstattung (hierzu soll es auch einen Anteil geförderter

Wohnungen geben) sowohl im Mietsektor als auch im Eigentumsbereich höchste Priorität zukommt. Die Koalitionspartner streben dabei eine Eingangsmiete im Neubau von nicht mehr als € 9,00/m² an. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine gründliche Abwägung von Baukosten und Klimaschutzaspekten notwendig. Als Maßstab dient dabei die Energieeinsparverordnung 2009 (EnEv 2009).

Um die notwendige Zahl an Wohnungsneubauten im Bezirk Hamburg-Nord erreichen zu können, müssen die dafür geeigneten Flächen im Bezirk schnellstmöglich aktiviert werden. Als vordringlich zu entwickelnde Flächen sehen die Koalitionspartner dabei das Hebebrandquartier zwischen City-Nord und S-Bahn-Trasse, den Güterbahnhof Lokstedt in Groß Borstel, das Gelände des Alsterberges in Alsterdorf, das Gelände der JVA Fuhlsbüttel und das bisherige Krankenhaus Bethanien an. Verdichtungspotenzial sehen die Vertragsparteien zudem unter anderem in der Wulffschen Siedlung in Langenhorn und im Rahmen der rückwärtigen Bebauung auf großen Grundstücken (z. B. im Hebebrandquartier und an der Dieselstraße). Eine solche Verdichtung und eine Neuordnung von Kleingartenflächen an Schnellbahnhaltstellen sind für die Koalitionspartner kein Tabu.

Hierbei sind insbesondere folgende Projekte voranzutreiben:

- Das Gelände des ehemaligen Zuchthauses Fuhlsbüttel – mit seiner eher unrühmlichen Geschichte – bietet aus Sicht der Koalitionspartner einen idealen Standort für ein modernes, innerstädtisches Wohnquartier. Hier streben die Partner eine möglichst weitgehende Aufgabe der Nutzung als JVA an, um an dieser Stelle die Schaffung von Wohnraum in möglichst weitem Umfang zu ermöglichen.
- Der Güterbahnhof bietet die Option für den Bau von mehreren hundert Wohnungen in idealer Lage. Hier soll möglichst schnell Planrecht geschaffen werden.
- Am Alsterberg soll unverzüglich mit dem Wohnungsbau begonnen werden, nach Aufgabe der öffentlichen Nutzungen – in fünf Jahren – soll hier ein familienfreundliches Wohnquartier entstehen.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass die City-Nord attraktiver gestaltet werden muss. Dabei müssen in der so genannten Mitte Einzelhandel und verbrauchernahe Dienstleistungen gestärkt werden.

Kleinräumige Gewerbegebiete in der Nähe von Wohngebieten sollen gesichert werden, um eine ortsnahe Versorgung auch mit handwerklichen Dienstleistungen zu

garantieren. Die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels in solchen Gebieten, mit der Folge der Gefährdung gewachsener Einzelhandelsstrukturen in den Stadtteilzentren, sehen die Koalitionspartner kritisch.

Gewerbeflächen für Betriebe, die auf eine räumliche Nähe zum Flughafen angewiesen sind, wollen die Koalitionspartner stützen.

2. Bürgerbeteiligung

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass Bürgerbeteiligung, etwa durch zugewählte Bürger in bezirklichen Ausschüssen und die Möglichkeit der Volksgesetzgebung, ein unverzichtbares Element der hamburgischen Kommunalpolitik ist. Allerdings sollte das potenzielle Spannungsverhältnis zwischen direkten Bürgerentscheidungen und der Breite der Legitimation politischer Entscheidungen nach Ansicht der Koalitionspartner dahin aufgelöst werden, dass auch bei Bürgerentscheiden in den Bezirken – wie bei Volksentscheiden auf Landesebene – die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen und mindestens die Stimmen eines Fünftels der Wahlberechtigten erforderlich sind, damit deren Petitum im Sinne eines Beschlusses der Bezirksversammlung erfolgreich ist. Die Koalitionspartner setzen sich für eine entsprechende Gesetzesänderung des § 32 Bezirksverwaltungsgesetz ein.

3. Verkehr

Die Koalitionspartner streben eine nachhaltige Verkehrsentwicklung an, bei der alle Teilnehmer, egal ob alt oder jung, motorisiert oder nicht, zu ihrem Recht kommen:

- Für Radfahrer wollen die Koalitionspartner mehr und sichere Radwege. Separate Radwege sind Fahrradstreifen vorzuziehen. Die Sanierung im bestehenden Radwegenetz wird von den Koalitionspartnern vorangetrieben.
- Die Stadtrad-Idee hat sich bei den Bürgern durchgesetzt, die Koalitionspartner wollen weitere Stationen, insbesondere in Winterhude, Barmbek und Dulsberg.
- Die Koalitionspartner wollen, dass der ÖPNV gestärkt und weiterentwickelt wird. Die Nachtversorgung, die insbesondere von der jüngeren Generation sehr gut angenommen wird, soll möglichst ausgebaut werden.
- Der Ausbau der barrierefreien Zugänge zu den U- und S-Bahnhaltestellen

hat für die Koalitionspartner weiterhin hohe Priorität. Dabei geht es nicht nur um eine rollstuhlgerechte Umgestaltung. Auch Gehörlose oder Bürger mit Sehbehinderung sind ebenso zu berücksichtigen. Die Koalitionspartner begrüßen in diesem Zusammenhang die ersten Schritte des neuen Senats in diese Richtung.

- Der innerstädtische Verkehr lässt sich ohne Automobile nicht darstellen. So brauchen die Bürger entsprechende Stellplätze in dicht besiedelten Gebieten und in Einkaufszentren. Quartiersgaragen können in bestimmten Stadtteilen als Lösung dienen. Die Anforderungen des lokalen Wirtschaftsverkehrs sind ebenfalls zu berücksichtigen.
- Dort, wo es möglich ist und kein Gefährdungspotenzial vorliegt, wollen die Koalitionspartner die Nachtabstaltung der Lichtzeichenanlagen prüfen.
- Die P+R-Anlage am Ochsenzoll hat verkehrspolitisch und ökologisch einen hohen Stellenwert. Die Koalitionspartner werden dieses Projekt engagiert und wohlwollend begleiten.
- Die Koalitionspartner sind sich – unbeschadet unterschiedlicher Auffassung über die grundsätzliche Sinnhaftigkeit der Einführung einer Straßenbahn – darüber einig, dass bereits aus finanziellen Gründen ihr Bau und die Planung von Streckenverläufen für eine solche in der laufenden Wahlperiode der Bezirksversammlung nicht in Betracht kommt.

4. Umwelt- und Naturschutz

Zwischen den Koalitionspartnern besteht Konsens, dass die Grünanlagen, Grünzüge und Parks zu schützen sind. Sie sprechen sich dafür aus, das Naturschutzgebiet Raakmoor im Süden um die Flächen beiderseits des Raakmoorgrabens auszudehnen.

Der Stadtpark wird nicht unter Naturschutz gestellt, sondern wird weiterhin als Naherholungsgebiet – entsprechend des sich ggf. ändernden Freizeitverhaltens – genutzt.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, Ende 2011 die Notwendigkeit von Grillzonen im Stadtpark zu prüfen. Sie werden das Ergebnis dieser ergebnisoffenen Prüfung akzeptieren. Sollte sich die Notwendigkeit von Grillzonen bestätigen, werden die Koalitionspartner für den Erhalt der Grillzonen votieren und umgekehrt.

Dort wo es notwendig und sinnvoll möglich ist, werden sich die Koalitionspartner dafür einsetzen, die Grünanlagen mit Mülleimern in hinreichender Größe aus zu statten. So gibt es z.B. in der offiziellen Hundefreilaufzone Döscherstraße (Barmbek-Süd) keine Mülleimer.

Es besteht zwischen den Koalitionspartnern Einigkeit, dass kritisch zu prüfen ist, welche Grünanlagen bzw. Grünzüge sich als Hundefreilaufzonen im Bezirk Hamburg-Nord eignen. Folgende Grünflächen sind als zusätzliche Hundewiesen auszuweisen:

- Hinter der Batholomäustherme, beginnend in der Beethovenstraße und endend bei der Batholomäusstraße.
- Der Park in der Adolph-Schönfelder-Straße.

5. Sport und Freizeit

Sport und Bewegung dienen der Gesundheit und dem sozialen Zusammenhalt und sichern einen Teil individueller Lebensqualität. Die Koalitionspartner werden sowohl die Sportvereine in Hamburg-Nord als auch die nicht vereinsgebundenen Angebote und Aktivitäten unterstützen. Sie wollen überdies die Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen intensivieren, damit die Schulen – auch angesichts der flächendeckend eingeführten dritten Schulsportstunde – auf ein breites Angebot an qualifizierten Übungsleitern zurückgreifen können. Für die Sportvereine streben die Koalitionspartner eine effizientere Nutzung der Hallenzeiten an. Hierzu gehört eine Vorlage der Hallennutzungszeiten bis 23:00 Uhr. Beim Bezirksamt soll ein Register über freie Hallenplätze Auskunft geben.

Die Pausenhöfe vieler Schulen bieten eine Fülle von Spiel- und Sportmöglichkeiten. Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass diese für Kinder und Jugendliche aus der Nachbarschaft wieder ganztägig geöffnet sind.

Auch der Leistungssport muss unterstützt werden. Die Koalitionspartner wollen erreichen, dass die Jahnkampfbahn zu einem Leichtathletikstadion ausgebaut wird, das europäischen Ansprüchen genügt. Gemeinsam mit der nahe gelegenen Trainingshalle kann Winterhude so zum norddeutschen Kompetenzzentrum für Leichtathletik aufgewertet werden.

Das Stadtpark- und Kiwittsmoorbad verzeichnen im Sommer hohe Besucherzahlen. Die Koalitionspartner wollen dafür sorgen, dass beide Naturbäder gepflegt und dadurch beliebt bleiben. Auch wollen die Koalitionspartner, dass das Schwimmbad Ohlsdorf eine neue Chance erhält.

Die Koalitionspartner wollen die Nutzung des Alsterwanderwegs für alle Bürger attraktiver machen, indem er, soweit möglich, barrierefrei gestaltet wird, damit er auch von Erholungsuchenden mit Kinderwagen, Rollstühlen und Fahrrädern ohne Probleme benutzt werden kann.

6. Kultur

Die Förderung der Stadtteilkultur ist den Koalitionspartner ein gemeinsames Anliegen. Dabei geht es um Angebote für breite Zielgruppen in allen Regionen des Bezirks und nicht um wenige „Leuchttürme“. Kultur braucht Orte der Begegnung in Stadtteilzentren und Kulturhäusern. Sie findet auch in den Stadtteilgeschichtsgruppen statt. Dies gilt es zu erhalten und zu fördern. Die drei wichtigsten Kulturstätten des Bezirks: Kampnagel, Museum der Arbeit und das Planetarium, sind in ihrem Bestand zu sichern und auszubauen.

7. Kinder und Jugendliche

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, die Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien in den Stadtteilen zu stärken und auszubauen. Dies gilt auch für den ggf. bedarfsorientierten Ausbau der bezirklichen Angebote für Eltern von Neugeborenen, wie etwa Familienhebammen.

Hamburg, 9. Juni 2011

.....
Dr. Peter Tschentscher
(Vorsitzender der SPD Hamburg-Nord)

.....
Robert Bläsing
(Vorsitzender der FDP Hamburg-Nord)

.....
Thomas Domres
(Vorsitzender SPD-Fraktion Hamburg-Nord)

.....
Claus-Joachim Dickow
(Vorsitzender FDP-Fraktion Hamburg-Nord)